

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Lukas Brucker, MA (FPÖ) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) an Herrn Bürgermeister Dr. Michael Ludwig sowie Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft Mag. Veronica Kaup-Hasler zu Post Nr. 21 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 27.04.2026.

Rückforderung von Fördermitteln des Filmfonds Wien im Zusammenhang mit der sogenannten „Babler-Doku“

Medienberichten zufolge wurde die Produktion des Films „Wahlkampf“, der sich mit dem SPÖ-Vorsitzenden und Vizekanzler Andreas Babler beschäftigt, mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert. Dabei stehen auch konkrete Förderungen des Filmfonds Wien im Raum.

So wurden durch den Filmfonds Wien 160.000 Euro für die Herstellung des Films sowie weitere 23.000 Euro für den Kinostart bewilligt. Insgesamt ergibt sich aus öffentlichen Förderungen eine Summe von über 180.000 Euro Steuergeld allein aus Mitteln des Filmfonds Wien, der selbst jährlich mit rund 12,5 Millionen Euro aus dem Budget der Stadt Wien dotiert wird.

Zugleich handelt es sich laut Medienberichten um einen offensichtlichen Flop, der in den Kinos auf kaum Interesse stößt und nur äußerst geringe Besucherzahlen verzeichnet.

Bei dem gegenständlichen Projekt handelt es sich offenkundig um ein Produkt mit klarem parteipolitischen Bezug. Für derartige Inhalte darf jedoch kein Steuergeld aus Filmförderungen eingesetzt werden.

Es ist nicht Aufgabe der Allgemeinheit, parteipolitische Eigenwerbung zu finanzieren. Ein solcher Mitteleinsatz ist weder sachlich gerechtfertigt noch im Interesse der Wiener Steuerzahler.

Die gewährten Fördermittel sind daher durch die Stadt Wien konsequent zurückzufordern. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die SPÖ diese Kosten aus ihrer Parteikassa übernimmt.

Die rückgeführten Mittel sollen wieder für unabhängige Filmprojekte zur Verfügung gestellt werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Bürgermeister sowie die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft werden aufgefordert sicherzustellen, dass

- 1) sämtliche im Zusammenhang mit der sogenannten „Babler-Doku“ gewährten Fördermittel – insbesondere jene des Filmfonds Wien – offengelegt werden,
- 2) die vollständige Rückforderung dieser Fördermittel durch die Stadt Wien umgehend eingeleitet wird,
- 3) klargestellt wird, dass diese Rückzahlung durch die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) aus deren Parteikassa zu erfolgen hat und
- 4) sichergestellt wird, dass die zurückgezahlten Mittel für unabhängige Filmprojekte verwendet werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

